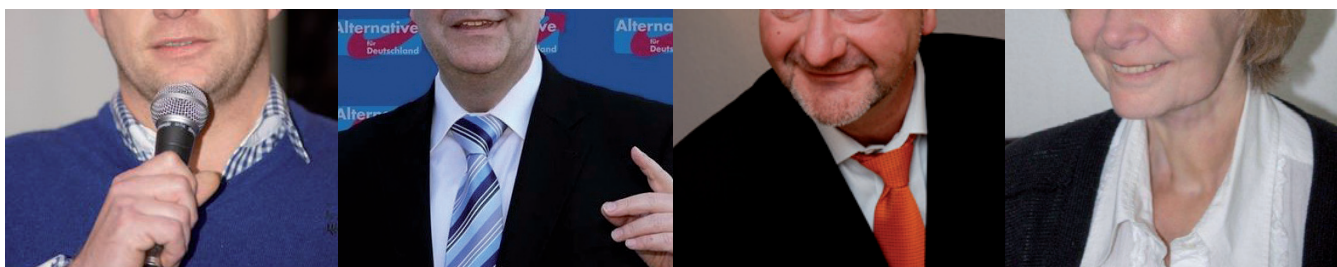
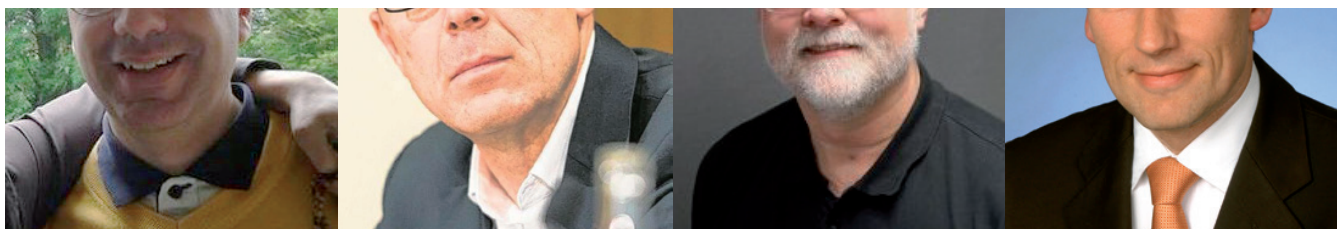
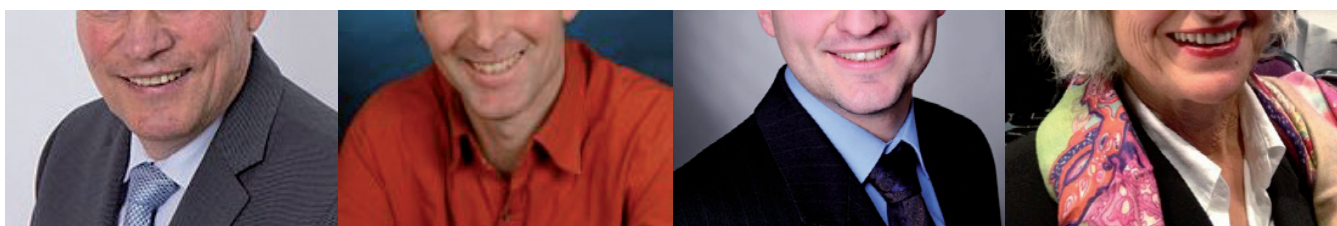
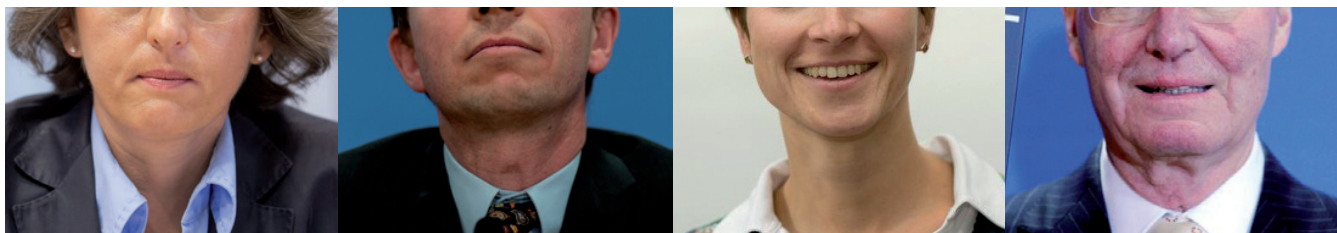


KEINE WAHLWERBUNG

HINSCHAUEN NACHHAKEN ENTGEGENTRETEN



Schon sind wieder vier Jahre rum: Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und schon wieder (immer noch!) sind rassistische und chauvinistische Parteien am Start: die Bürger in Wut und die Alternative für Deutschland. Die altbekannte NPD, aktuell eher ein Randphänomen, zunehmend auch für hart gesottene Neonazis unattraktiv, tritt dieses mal nur in Bremerhaven an. Das ist das Ergebnis ihrer bundesweiten organisatorischen Schwäche und des Fehlens lokaler Verantwortungsträger_innen. Und vielleicht auch ein bisschen das Resultat jahrzehntelangen antifaschistischen Aufklärens und Bekämpfens. Das heißt nicht, daß es in Bremen und umzu keine Nazis mehr gäbe. Ganz zu schweigen von ihrem menschenverachtenden Gedankengut, welches bis weit in die gesellschaftliche und politische Mitte reicht – auch im linksliberalen Bremen. Wie sonst lässt sich erklären, daß es bis dato um fast jede Unterbringung für Geflüchtete massive Auseinandersetzungen vor Ort gab? Auch in Bremen gibt es keine bedingungslos weltoffene Willkommenskultur. Vermehrt offenbaren massenhaft Bürger_innen, und das vor allem und gerne im Mob, unverhohlen ihren sonst nur privat gepflegten Rassismus und Chauvinismus. Ihre Parolen sind nur verfeinerte Varianten der ebenso platten wie falschen aber leider weit verbreiteten Ansicht, dass Nicht-Deutsche eben grundsätzlich anders und eigentlich auszuweisen seien. Dabei geben sich neue und alte Feindbildkonstruktionen die Klinke in die Hand. Seit Jahren gewinnen antimuslimische Ressentiments an gesellschaftlicher Akzeptanz, steigen die Zahlen antisemitischer Übergriffe wieder an. Es wird also nicht damit getan sein, die Grass', Sarrazins, Luckes dieser Welt sowie den Nazi aus der Nachbarschaft zu entlarven. Es gilt auch, eine Gesellschaft zu kritisieren, die systematisch Unterdrückung und Ausbeutung hervorbringt und zur Erklärung und Legitimation ihrer eigenen Politik beständig Narrative der Ungleichwertigkeit bemüht. Die AfD und die BiW sind Teil einer aktuellen, gesellschaftlichen Tendenz, immer weiter rechts stehende Positionen als legitim zu akzeptieren. Darin gewinnt vor allem die AfD eine größere gesellschaftliche Reichweite als die NPD. Sie schließt scheinbar

müheless an mediale und politische Diskurse und den gesellschaftlichen Mainstream an. Die Abschaffung des Asylrechts, die Agenda 2010, rassistische Polizeikontrollen in den Straßen, das alles findet ihre Zustimmung. Allein, sie drängt auf noch radikalere Maßnahmen gegen gesellschaftliche Randgruppen. Das eint sie mit fast schon wieder vergessenen Parteien wie Bremen muß leben, Protest der Bürger oder der Schill-Partei. Alle Parteien sind längst mit dem Problem konfrontiert, dass es rechts von der CDU eine breitere Wähler_innenschaft gibt, die aber obendrein zu großen Teilen vor kurzem noch zur eigenen Klientel gehörte. CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne und PdL können oder wollen sich zu großen Teilen nicht vernünftig davon abgrenzen. Stattdessen versuchen sie mittels thematischer Anbietung oder durch ihre rechten Flügel diese Wähler_innen wiederzugewinnen. Chauvinistische, autoritäre, nationalistische und antimuslimische Politik sowie der Abbau staatlicher Ausgleichs- und Versorgungspolitik sind keine politischen Randthemen. Sich vergrößernde Ungerechtigkeiten, Verarmung, Prekarisierung, Ausgrenzung usw. sind soziale Realitäten. Ideologische Verkürzungen und Brandstiftungen, ob als Verschwörungstheorien, esoterische Pfade oder eben politische Parteiprogramme, stehen hoch im Kurs. Wir wollen mit dieser Broschüre die Positionen der Bürger in Wut und der erstmalig in Bremen antretenden AfD kommentieren. Dieses Spektrum, zu dem die Grauzone aus friedensbewegten Querfrontler_innen, Burschenschaften wie dem Verein deutscher Studenten zu Bremen, Teilen der Jungen Union, Identitären und Lebensschützer_innen oder christlich-fundamentalistischen Pastoren gehört, steht keineswegs völlig abseits. Es ist offensiv dabei, gesellschaftliche Diskurse kontinuierlich nach rechts zu verschieben. Und weil Diskurse nicht ohne Menschen stattfinden, wollen wir auch die Verantwortlichen der Parteien vorstellen, die diese Ansichten und Erzählungen vertreten und zuspitzen. Eine tiefgehende kritische Auseinandersetzung mit den neuen autoritären und reaktionären Strömungen ist in Gesellschaft und Politik nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig.



Der Landesverband Bremen wurde im Mai 2013 als einer der letzten Landesverbände gegründet und hat heute etwa 150 Mitglieder. Lange Zeit war die AfD Bremen eher passiv. Allein zu den Besuchen von Bernd Lucke oder Alexander Gauland bekam man auch die örtlichen Vertreter_innen öffentlich zu Gesicht. Das hat sich zuletzt gewandelt: In Bremen-Nord machte sich Christoph Seidl als bekennender Rassist gegen eine Flüchtlingsunterkunft einen Namen. Landeschef Christian Schäfer wurde als pluralistische Ergänzung zu einer Radiogesprächsrunde zum selben Thema geladen. Zuletzt posierte die AfD mit einem Infostand in Blumenthal, Thema: „Flüchtlinge“. So findet die AfD auch in Bremen ihr praktisches Profil. Mit ihrem Wahlprogramm steht sie dem in nichts nach. Sie positioniert sich als rassistischer und ultranationalistischer, radikal neoliberaler und sozialdarwinistischer sowie als antifeministischer Verein. Darin haben vor allem ältere, weiße Männer mit durchschnittlichen bis gehobenen Berufen und rundherum elitären Ansichten das Sagen. Seitdem bekannt ist, dass die NPD nur in Bremerhaven antritt, wird auch verstärkt in diesem Lager gefischt. Zur Bundestagswahl 2013, ebenso wie zur Europaparlamentswahl 2014, lag die AfD deutlich unter den Bundesergebnissen. 2014 hat sie aber auch in Bremen die 5%-Hürde übersprungen. Nicht zu vergessen dabei, dass sie deutlich unbefangener als die NPD auftreten kann und mit ihrer Mitgliederstruktur auch fester in der lokalen Elite verankert ist als die BiW.

Bernd Lucke war ein typischer Wirtschaftsliberaler: sozialkonservativ, CDU-Mitglied bis 2011 wenn auch bis 2005 ohne herausragendes Engagement, hart im Nehmen auf der Karriereleiter, Professor mit 35 Jahren, 5 Kinder. Dann aber reifte in ihm Sendungsbewusstsein. Zunächst vereinte er 2005 die Konservativeren seiner Profession im Ruf nach Liberalisierung und weniger Sozialstaat, dann 2011 nach Austerität und dem Euroaustritt. 2012/2013 gründete er mit anderen Verbitterten die Alternative für Deutschland. Innerhalb der Partei steht er – mittlerweile – weiterhin für dröge Wirtschaftsliberalisierung statt breite national-chauvinistische Politik.



Die Rechtsanwältin und Lobbyistin sitzt seit 2014 für die AfD im EU-Parlament. Sie ist eine der bekanntesten und öffentlichkeitswirksamsten Figuren der rechtspopulistischen Partei. Mit ihren Forderungen zum Verbot von Abtreibung und Sterbehilfe, dem Propagieren einer diffusen Angst um die deutsche Familie oder der Mobilisierung gegen das Lehren sexueller Verschiedenheit im Schulunterricht, macht sie Politik am wertkonservativen rechten Rand. Zusammen mit ihrem Ehemann

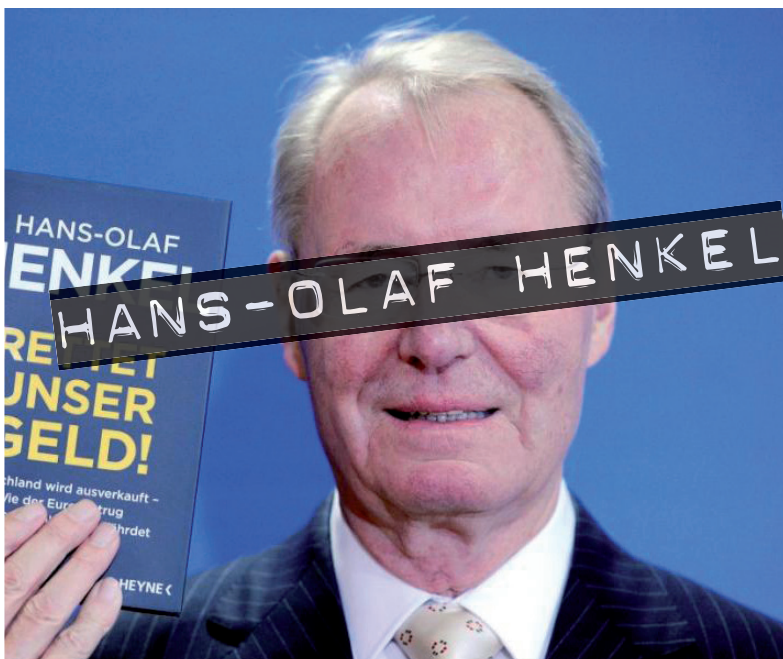
BEATRIX VON STORCH



Sven von Storch steuert sie mehrere öffentlichkeitswirksame, politische Organisationen (z.B. „Zivile Koalition“, „freiewelt.net“ oder „familien-schutz.de“). Schlagzeilen machte sie 2013 durch den Vorwurf, dass sie und ihr Ehemann Vereinsgelder von „Zivile Koalition“ privat genutzt hätten, um u.a. die Miete für ihre Wohnung am Kurfürstendamm in Berlin zu bezahlen. Die Vorwürfe konnten nie ganz ausgeräumt werden.

Der 1940 geborene Verteidiger der rassistischen Thesen Sarrazins und heutige EU-Abgeordnete zog sich nach langen Jahren aus der Wirtschaft zurück, um sich voll und ganz Politik und Publizistik zu widmen. In seiner Zeit als Industriemanager, Aufsichtsrat verschiedener Firmen und Organisationen sowie als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (dem trotz des eigenen neoliberalen Chauvinismus die rassistische Metamorphose seines einstigen Chefs etwas peinlich ist), forderte er vehement eine weitergehende

Deregulierung der Märkte. In den USA ist er u.a. für seine rassistische Kritik bekannt, dass die Vergabe von Krediten an Schwarze indirekt an der Finanzkrise schuld sei.



Die konservative Unternehmerin mit 4 Kindern musste 2013 in Insolvenz gehen. So kam der Karrierewechsel in die *crème de la crème* der rechtskonservativen Politik äußerst gelegen, zumal sie sich auf eloquentes Auftreten versteht wie Sarah Palin. Sie wurde im April 2013 in den Bundesvorstand der Alternative für Deutschland gewählt, 2014 zog sie als Spitzenkandidatin in den sächsischen Landtag ein. Nach anfänglichem Zögern, sieht sie mittlerweile große Überschneidungen zwischen der AfD und dem 19-Punkte-Programm der Pegida-Bewegung. Außerdem lässt sie keine Gelegenheit aus, Position gegen Abtreibung, Frauenquoten und „linksgrüne Traumtanzpolitik“ zu beziehen.





ALEXANDER TASSIS

Der stellvertretende
Landessprecher der Bremer
AfD, Alexander Tassis, ist

das trojanische Pferd der Partei.

Der Historiker wohnt im alternativen Ostertorviertel und saß hier vor Jahren schon einmal für die CDU im Stadtteilbeirat. 1970 in Griechenland geboren hat er einen Migrationshintergrund und ist schwul. Daraus entwickelt Tassis besonders radikale Positionen: Als Bundessprecher der „Homosexuellen in der AfD“ wettert er nicht nur gegen das Gender-Mainstreaming und gegen den Kampf um Gleichstellung. Tassis bezeichnet sich auch als selbstbewussten Deutschen und halluziniert, die Nationalstaaten Europas seien durch „eine unkontrollierbare englischsprachige Elite in Brüssel“ bedroht und warnt vor „unkontrollierter Zuwanderung“. Weil Islamist_innen die Schwulen in Deutschland bedrohten, müsse Einwanderung insgesamt eingeschränkt werden.



CHRISTOPH SEIDL

Der 54-jährige Christoph Seidl ist der
Mann fürs Grobe bei der AfD in Bremen.

Als sich in Bremen-Nord ein
Mob aus rassistischer
Wutbürger_innen

zusammentat, um gegen die Unter-
bringung von ein paar geflüchteten
Jugendlichen zu protestieren, war Seidl
an der Organisation beteiligt.

Folgerichtig verteidigt er sowohl die rassistischen Pegida-Demonstrationen in Dresden, als auch die entsprechende Hagida-Demo in Hannover, die bekannte Neonazis aus der ganzen Region anzog. Dazu passt die Selbstdarstellung Seidls, Bürger_innen „pro-aktiv abzuholen“ und für eine „klare Sprache“ stehen zu wollen – also der rassistischen Stimmung im Volk zu entsprechen. Seidl war früher Mitglied der CDU, der Jungen Union und des RCDS und arbeitet als Trainer und Coach unter anderem fürs Jobcenter. Er tritt auf Platz vier der Landesliste zur Bürgerschaftswahl an.

In der AfD als Lobbyplattform der Besserverdienenden finden sich nicht wenige Expert_innen für Steuern und Schlupflöcher. Einer davon ist der Steuerberater Piet Leidreiter aus Schwachhausen, den die Parteibasis im Handumdrehen zum Bundesschatzmeister machte. Schlagzeilen machte er mit dem Einstieg in den Goldhandel, durch den die Partei Anspruch auf staatliche Wahlkampfkzuschüsse in voller Höhe erlangte. Er ist Erbe und leitender Angestellter der Leidreiter und Partner Steuerberater GbR seines Vaters Werner Leidreiter, spielt aber auch im Reisebüro seiner Frau Janine Leidreiter eine Rolle. Beide, Vater und Ehegattin, tauchen gelegentlich auch bei AfD-Events auf.





Der in Detmold geborene aber mittlerweile in Bremen-Oberneuland ansässige Sprecher (d.h. Vorsitzender) des Landesvorstandes der AfD Bremen ist wie andere Vorstände und Spitzenkandidat_innen der Partei eine politisch eher zurückhaltende Figur. Wo in den Verlautbarungen von Tassis oder Seidl die Fetzen fliegen, bemüht sich Schäfer um Integrität und Schadensbegrenzung.

Der Innenarchitekt mit Fachhochschuldiplom befasst sich beruflich mit der Gestaltung von Luxusyachten und ist bei der Bremer Firma Focus Yacht Design beschäftigt, blickt aber auch auf eine Karriere als Werftmanager bei Nobiskrug zurück.

Adam Bielecki, der auf Facebook auch als Adam Golkontt auftritt, ist mit seinen 32 Jahren für einen Hoffnungsträger der Jungen Alternative Bremen bereits etwas in die Jahre gekommen. Und tatsächlich hat er einiges erlebt: Scheitern am Jurastudium, Hinwendung zum Katholizismus, Kandidatur für die FDP, verwaltungswirtschaftlicher Studiengang „komplexes

Entscheiden“, Chef einer Reinigungsmannschaft bei MenkeMenue. Dort will er auch von den Übeln der „Großkonzerne“ und der „Finanzindustrie“ erfahren haben, nachdem er sich zuvor eher an Erzkonservativen, Machiavelli, Böhm, Fichte orientiert hatte. Daher will er nun in der AfD für gemeinwohlorientierte Vaterländer eintreten.



Die rhetorisch und in Rechtschreibung mäßig begabte Antonia Hanne ist Gründungsmitglied und Pressesprecherin der AfD Bremen.

Hanne arbeitete zuvor im medizinischen Bereich und engagiert sich auch innerhalb der AfD gesundheitspolitisch. Ihre Arbeit als Pressesprecherin besteht vor allem darin zu kommunizieren, dass die AfD Termine nicht einhält. Sie

vertritt die Positionen ihrer Partei mit trockenen Statements in den Kommentarspalten deutscher Medien vom WDR bis zur Cicero. Darüber hinaus beschränkt sie sich auf das Posten von Links auf ihrem halb-fertigen Twitter-Account, der gleichzeitig der offizielle Presse-Account der Bremer AfD ist. Hanne scheut sonst bisher den öffentlichen Auftritt und überlässt diese Aufgabe lieber ihren bekannteren Kolleg_innen.

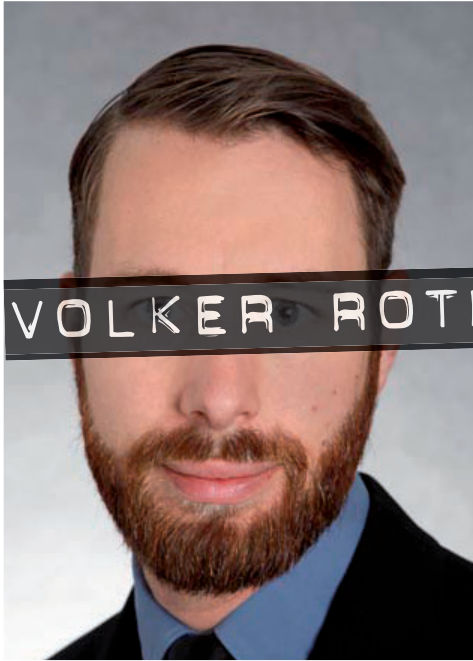
ANTONIA HANNE



Nach eigenen Angaben hat Ute Dopke den Wahnsinn im Kopf. Auf diesem Kopf thront ein Aluhut, der vor Strahlen und vermeintlichen „Chemtrails“ schützen soll. Vermutlich sind auch nicht mehr alle Tassen im Schrank. Neben ihren Verschwörungstheorien passt sie durch ihre antimuslimische Haltung, ihre deutliche Ablehnung von Geflüchteten und ihre Vorliebe für die Bösen Onkelz optimal ins Gesamtbild der AfD. Außerdem tut sie sich durch positive Bezüge auf Quellen aus dem extrem rechten Spektrum hervor.

UTE DOPKE

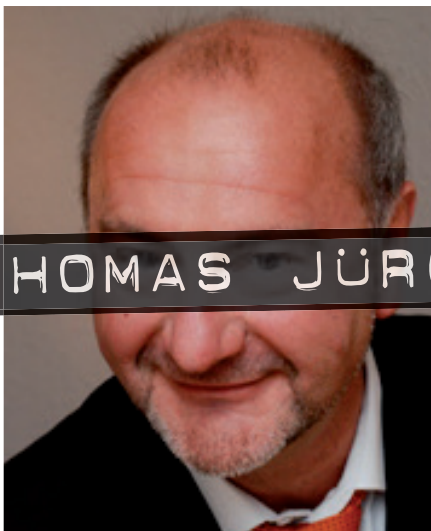




Volker Roth, 32-jähriger Hoffnungsträger der Bremer „Jungen Alternative“, hat einen beruflichen Werdegang, der durchzogen ist von unaufregenden Verwaltungsjobs in Oldenburg, Wiefelstede und Bremen. Während seiner Bürokratatätigkeit reiften in ihm Verbitterung und Ärger über „linksgrüne Ideologie“, über „Denk- und Sprachverbote“ und darüber, dass sich seine einfachen Welterklärungsmuster („überbordende Gleichheits-

ideologie“, „Nicht-Benennung von Kriminalität in südländischen Einwanderergruppen“) nicht in der öffentlichen Diskussion wiederfinden. Ob ihm seine Kandidatur mehr Aufregung bieten wird, darf angesichts des aussichtslosen Listenplatzes bezweifelt werden.

Der Bremerhavener Spitzenkandidat hat bereits eine wechselvolle Parteigeschichte hinter sich: CDU, Schill-Partei, FDP, Freie Wähler und jetzt AfD. In der CDU kam er mit Thomas Röwekamp nicht klar, aus dem Schill-Intermezzo kennt er noch Jan Timke, jetzt Konkurrent mit den BiW. Die Freien Wähler Bremen wurden einst aus dem Bundesverband der Freien Wähler ausgeschlossen, nachdem es Anzeichen für eine rechte Unterwanderung gab.



Aktuell läuft gegen Jürgewitz ein Ermittlungsverfahren wegen Wählertäuschung.

Kein schöner Vorwurf, wo er doch sonst gegen den politischen „Filz“ und für mehr Volksnähe streitet.

BÜRGER IN WUT

Die rechts-konservativen „Bürger in Wut“ (BiW) gründeten sich 2004 als Wählervereinigung. Personell und strukturell ging sie aus der ehemaligen „Schill-Partei“ hervor. Formal als bundesweit agierende Gruppe mit 500 Mitgliedern, war sie seit ihrer Gründung nur im Land Bremen, explizit in Bremerhaven aktiv. Hier erzielte sie auch ihre bisherigen Erfolge: 2007 und 2011 wurde Jan Timke, der gleichzeitig auch den Bundesvorsitz der Wählervereinigung inne hat, als Abgeordneter in die Bremer Bürgerschaft gewählt. Dabei reichte es den BiW, durch eine Besonderheit des bremischen Wahlgesetzes, nur in Bremerhaven die 5%-Hürde zu überspringen. Momentan ist sie mit zwei Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten, da Martin Korol, nach seinem Ausschluss aus der SPD wegen antiziganistischer Äußerungen, BiW-Mitglied wurde und seinen Sitz in der Bürgerschaft behielt. Die Partei wurde früher als eine „Ein-Themen-Partei“ beschrieben, da das Thema der inneren Sicherheit ihr gesamtes Parteiprogramm ausmachte. Heute lässt sich jedoch konstatieren, dass die Partei ihre regressiven Vorstellungen einer Gesellschaft weiter ausgebaut hat und mit einem breiten Spektrum von Vorurteilen, Stereotypen und logischen Fehlschlüssen hervortritt. Außerdem dürfte die Kandidatur von Fritjof Balz die BiW fester in Bremen-Nord verankern, einer Gegend, die zuletzt vor allem mit xenophoben und rassistischen Mobilisierungen in den Schlagzeilen war.

Jan Timke war vor seiner Zeit als Vorsitzender des Landesverbandes der „Schill“-Partei in diversen Bundespolizeieinheiten tätig. 2008 zog er als Mitbegründer und Vorsitzender der Wählerversammlung „Bürger in Wut“ das erste Mal in die Bremer Bürgerschaft ein. Prompt folgte die Anklage wegen Wahlfälschung aufgrund der kurzfristigen Verlegung seines Hauptwohnsitzes von Berlin nach Bremerhaven. Von diesem Vorwurf konnte er sich nie richtig befreien – vielmehr übertünchte Timke diesen Fauxpas durch das einmalige Verschenken seiner Abgeordnetenbezüge an Bremerhavener Bürger_innen. Timke bezeichnet die Bürger in Wut als



bürgerlich-konservative Partei. Dass Ausländer nicht in unsere Gesellschaft zu integrieren seien, schon gar nicht, wenn sie bei uns Straftaten begingen, gehören trotzdem zu Timkes alltäglichem Jargon. Da wundert es nicht, dass er Kommentare in rechten Magazinen publiziert. Letztlich ist er sich auch nicht zu schade als Mitbetreiber ominöser Internetportale aufzutreten.

2014 tauchte Fritjof Balz, ein damals 39-jähriger Elektromeister, zuerst im Rahmen von Aktionen gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Bremen Blumenthal auf. Seither macht er als Internetaktivist und politischer Hoffnungsträger diverser rechter Gruppierungen von sich reden.

Nachdem seine eigene Gruppe „Bremer Bürger“ an fehlenden Unterstützer_innenunterschriften für die Bürgerschaftswahl scheiterte, ließ er sich auf die Liste der „Bürger in Wut“ setzen. Auch die AfD hatte sich Hoffnungen gemacht, über Balz ihr migrationsfeindliches Profil schärfen zu können. Wie viele andere Rechtspopulist_innen hält Balz sich weder für einen Neonazi noch für fremdenfeindlich.

FRITJOF BALZ



Der pensionierte Lehrer Martin Korol versteht sich gern als verfolgtes Unschuldslamm. Dabei hatten ihn erst 2013 die SPD und im Februar 2015 auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft rausgeworfen, als seine rassistische Äußerungen über Sinti und Roma, sowie seine frauenverachtenden Positionen bekannt wurden. Korol schrieb auf seiner Homepage unter anderem von einem „Massenmord der Abtreibungen“ und diffamierte Sinti und Roma damit, dass sie seiner Meinung nach „sozial und intellektuell im Mittelalter“ lebten und ihre Kinder zur Prostitution statt zur Schule schicken würden. Korol sagte im Nachhinein, es handele sich um ein Missverständnis, wechselte aber 2013 zu den Bürgern in Wut, für die er nun als Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft vertritt.

MARTIN KOROL



Wie viele Ex-Linke begann der stellvertretende Landesvorsitzende der BiW Oliver Meier einst bei den Grünen und war kurz auch bei der SPD aktiv. Meier wohnt in Bremen-Nord und betreibt dort den Verleih von gebrauchten Wohnwagen.

Während er sich 2011 noch Interesse heuchelnd in ein Antifa-Vorbereitungstreffen gegen einen NPD-Aufmarsch schlich, zeigte Meier in jüngster Zeit sein wahres Gesicht als Anti-Antifa-Aktivist: Unter anderem bei Antifa-Demos in Kirchweyhe, sowie bei der Blockade der AfD-Wahlkampfveranstaltung im Konsul-Hackfeld-Haus filmte Meier mit seinem Camcorder Antifaschist_innen ab. Diesen unterstellt er ein totalitäres Weltbild und sieht im gelebten Antifaschismus eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Seinen Verfolgungswahn lebt er regelmäßig mit einem Stammtisch zur

„Meinungsfreiheit“ aus, den er wie eine Art privaten Fan-Club für den BIW-Querschläger Martin Korol organisiert. Meier hetzte gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Bremen-Vegesack und kritisiert, dass zu wenig geduldete „Flüchtlinge“ in Bremen abgeschoben werden, weil er viele von ihnen für ausländische Kriminelle des Miri-Clans hält.



EUROPASKEPSIS UND ANTI-EU-RHETORIK

Während die BiW fest im xenophoben deutschnationalen Lager stehen, galt die AfD zunächst als Ein-Themen-Partei, fokussiert auf den Euroaustritt und ohne Programm jenseits davon. Beobachter_innen esoterischer rechter Gruppen blieb allerdings nicht verborgen, woher sich das Gedankengut der wundersam aus dem vermeintlichen Nichts auftauchenden Partei speiste: Chauvinistische und xenophobe Splittergruppen der 1990er und frühen 2000er wie etwa die Schill – und andere PRO-Parteien (u.a. PRO DM) sprachen mit den gleichen Argumenten die gleichen Wähler_innengruppen an. Anders als damals kommen ihnen heute jedoch die Wirtschaftskrise, die Eurokrise und die unprofessionelle Berichterstattung der deutschen Boulevardpresse darüber zu Gute. Die AfD konnte 2013/14 einen ersten, von Euroskepsis getragenen, Aufschwung verbuchen. Als ihr aber allmählich die Ideen zu diesem Thema ausgingen, rückten andere traditionell-populistische Programmpunkte wieder in den Vordergrund, von Law-and-Order-Populismus über Agitation gegen Zuwanderung hin zu den üblichen Ausfällen gegen Homoehe und Gender Mainstreaming.

Die periodischen Seitenhiebe auf die EU bleiben trotzdem fester Programmteil von AfD und BiW. Die Argumentation folgt dabei dem Schema, eine beliebige EU-Richtlinie ins Lächerliche zu ziehen, daraus resultierende Einschränkungen für die regionale Politik herauszustreichen, sodann zu verallgemeinern und zu behaupten, europaweit einheitliche Politik und Gesetzgebung sei in diesem Bereich weder machbar noch wünschenswert. Flankiert wird dies von verbreiteten Ressentiments über „die da oben“, in diesem Fall „die in Brüssel“, die von der AfD toleriert und geschickt eingesetzt

werden. Hierbei gelingt es, neben der Kernwähler_innenbasis auch ein breites Spektrum an politikverdrossenen Autoritarist_innen, Nationalist_innen alter Schule und strukturell antisemitischen Verschwörungstheoretiker_innen anzusprechen, die sich seit Langem nicht mehr so umfassend politisch vertreten sahen. Obwohl Europapolitik bei Landtagswahlen von eher untergeordneter Bedeutung ist, kommt die Wahlkampfretorik von AfD und BiW daher keinesfalls ohne breite Angriffe auf „Brüssel“ aus. Brüssel wird in der Welt, die die AfD zeichnet, zum Hort realitätsferner Bürokrat_innen, karrieresüchtiger Narzist_innen und ignoranter Ideolog_innen, wobei Feminist_innen und Sozialdemokrat_innen als ideologischer Hauptfeind erscheinen. Die konkreten Beispiele sind zahlreich: landwirtschaftliche Richtlinien (Bananenkrümmung), Niederlassungsfreiheit oder Umweltstandards (Glühbirnen). Auf positive Aspekte der wirtschaftlichen Integration und der größeren Freiheiten geht die Partei nicht ein, während ihre Mandatsträger_innen umständlich zu formulieren versuchen, dass man trotz allem nicht anti-europäisch sei. In jüngster Zeit wird dazu gern auf den Britischen Premierminister David Cameron verwiesen, was dem AfD-Populismus wohl eine staatsmännische Aura und realpolitische Legitimation verleihen soll.

NATIONALISMUS

Nationalismus ist sicher kein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Ihr Gründungsanlass („Zurück zur D-Mark“) und damit verbundene europapolitische Positionen („Südländer raus aus dem Euro“) ließen aber schon vermuten, dass nationalistisches Gedankengut eine sehr zentrale und übersteigerte Rolle einnehmen würden. Seit ihrer Gründung hat die AfD immer

wieder einen radikalen Standortnationalismus vertreten, der Deutschland als führende Industrienation vor allem durch äußere „Parasiten“ (südeuropäische Länder) und durch innere „Zersetzung“ (durch Einwanderung ins deutsche Sozialsystem) bedroht sieht. Mit einer neoliberalen Leistungsideologie hat sie zugleich klargestellt, dass letztlich nur die Nützlichen, Produktiven und Willigen für Deutschland, seine Wirtschaft und sein Sozialsystem von Interesse sind.

Der AfD nach kann es nur ein „Europa der Vaterländer“ geben. Ein Konzept, welches auch andere extrem rechte Parteien Europas propagieren und nur eine weitere Variante ist, einen altbackenen Nationalismus in die realitäre Gegenwart zu retten. So deutet die AfD Bremen in ihrem Wahlprogramm den eh schon fadenscheinigen Begriff des Multikulturalismus ganz nach ihrem nationalistischen Dünkel um: Sie bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der unbedingten Existenz von Nationalstaaten. Nur auf dieser Grundlage sei die multikulturelle Identität Europas zu verwirklichen und der Erhalt der abendländischen Kultur und Tradition sicherzustellen. Hinter der nicht weiter erklärten europäischen Zentralisierung und Bürokratisierung vermutet sie hingegen die Zerstörung der Nation.

Die AfD kritisiert die europäische Integration mit ihrem Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus von weit rechts. Damit negiert sie auch die wenigen, nur von Zynikern innen gerne verschwiegenen, Errungenschaften dieses historischen Projektes wie die Freizügigkeit für Personen, Sozialtransfers oder etliche Jahrzehnte „Frieden“. Stattdessen werden von der AfD wieder alle möglichen Unverträglichkeiten zwischen den Nationen, Staaten und Gesellschaften konstruiert, um zu verhindern, dass jemals postnationale Verhältnisse einziehen.

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS

Demokratie ist für die AfD ganz wichtig. Wo sie auf den ersten Blick für ein mehr an Demokratie eintritt und Volksentscheide auf kommunaler, Landes- und Bundesebene fordert, verbirgt sich dahinter die Verschwörungstheorie des nicht mehr souveränen Deutschlands. Wo die untätigen Politiker_innen nicht gegen die „Hegemonialpolitik“ der USA in Deutschland angehen, ist dann folgerichtig der kleine Mann gefragt. Der weiß nämlich schon längst, dass die, die im Parlament sitzen, eigentlich nur Handlanger_innen der USA sind.

Interessant daran ist, dass diese antiamerikanische Kritik sich nun an die Stelle gesetzt hat, wo früher die EU für alle Übel verantwortlich gemacht wurde. Doch seitdem die AfD selbst im EU-Parlament vertreten ist, schickt es sich augenscheinlich nicht mehr so ganz, den eigenen Geldgeber zu kritisieren. Geprägt sind aber beide Auswüchse (Antiamerikanismus und Anti-EU Rhetorik) durch die paranoide Vorstellung, dass Deutschland kein vollständig souveräner Staat mehr sei und fremdgesteuert werde. Was früher nur in Kreisen weit rechts in der Gesellschaft an Stammtischen gesagt wurde, macht die AfD nun gesellschaftsfähig. So macht sie Verschwörungstheorien nicht nur wieder öffentlich sagbar, sondern verwandelt diese in seriöse Argumente.

Der Ruf nach Beteiligung und Demokratie endet da, wo es nicht mehr um die eigenen politischen Forderungen geht. So will die AfD die Extremismusklausel wieder einführen. Diese Klausel verlangt, dass sich Initiativen, die sich gegen rechts engagieren, per Unterschrift bestätigen müssen, dass sie sich, ihr Handeln und das ihrer Kooperationspartner_innen auf der Grundlage des Grundgesetzes sehen. Die Extremismusklausel geriet in die Kritik, da sie Initiativen gegen Neonazis unter den Generalverdacht des Linksextremismus stellt und daher

effektiv demokratisches Engagement verhindert.
Aus Paranoia und Verschwörungstheorie leitet sich folgerichtig ab, dass die AfD neofaschistische Strukturen, aus denen heraus immerhin seit 1990 mehrere hundert Menschen in Deutschland ermordet wurden, als kleineres Problem ansieht. Laut ihrem Bremer Wahlprogramm will sie dementsprechend mehr finanzielle Mittel gegen zivilgesellschaftliche Akteure und Gruppen bereitstellen, die sich für eine Gesellschaft ohne Nazis und Rassismus einsetzen.
Dass die AfD die beste Karikatur ihrer eigenen demokratischen Ansprüche ist, zeigt sich an ihren Beschlüssen des Bundesparteitags Anfang des Jahres in Bremen: eine straffe, undemokratische Struktur, die auf einen Mann ausgerichtet ist, der nach einem autoritären Top-Down-Modell die Geschicke der Partei leiten soll, ist die neu beschlossene Parteistruktur.

SOZIALDARWINISMUS

Eine der grundlegenden Vorstellungen der AfD, die sich in allen Politikbereichen zeigt, ist der Sozialdarwinismus. Eine Ideologie, nach der das Recht des oder der Stärkeren, sich durchzusetzen, als gesellschaftliches Prinzip gilt. Unter Stärke wird dabei Leistungsfähigkeit, Nützlichkeit und Produktivität verstanden. Der Wert des Menschen bestimmt sich also durch seine Verwertbarkeit. Dieses marktradikale Denken bezieht sich auf den Konkurrenzkampf der Nationen ebenso wie auf das Hauen und Stechen innerhalb der ‚eigenen‘ Nation.
Beispiel Migrationspolitik: Es wird unterschieden zwischen „nützlichen“ (qualifizierten, nachgefragten, integrationswilligen) und „nicht-nützlichen“ Migrant_innen. Vor allem letztere, aber je nach politischer Wetterlage eben auch alle Migrant_innen, sollten von deutschen Sozialleistungen

ausgeschlossen werden. Beispiel Gender: Da, laut AfD, bereits Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern herrsche (die Vorstellung weiterer Geschlechter findet die Bremer AfD „lächerlich“), brauche es auch kein wettbewerbsverzerrendes Gender Mainstreaming. In diese Richtung schlug auch die Facebook-Aktion der Jungen Alternative, die sich stolz als „Nicht-Feministinnen“ bezeichneten, weil „Frauen jetzt selber ihre Chance in die Hand nehmen können“.

Zusammengefasst liegt es also immer in der Hand der Menschen, ihres Glückes oder eben Peches Schmied_in zu sein: an Diskriminierung, Ausgrenzung, Armut, Obdachlosigkeit können immer nur die betroffenen Menschen selbst schuld sein.

Diese Haltung zieht sich auch durch das gesamte Bremer Wahlprogramm. So werden zwar auch Lebensumstände anerkannt, in denen Menschen nicht für sich selbst sorgen können, es findet sich aber nirgends das Thema Solidarität. Als Ziel darf lediglich gelten, diese Bedürftigkeit wieder abzuschütteln. Zum Teil soll dies mit Gutscheinen passieren. Hier werden die theoretisch schon abgewerteten Menschen noch ganz praktisch entmündigt. Scheinbar harmlose Punkte aus dem Bremer Wahlprogramm sprechen diese Sprache – wenn beispielsweise im Schulsport das Erlernen einer Wettbewerbskultur an zentraler Stelle steht. Auch hier geht es der AfD darum, dass Kinder möglichst früh das grundlegende Ellenbogen-Prinzip erlernen sollen.

E I N W A N D E R U N G S P O L I T I K

In dem, was die AfD als ihre „Einwanderungspolitik“ versteht, macht sich ihr nationalistischer Populismus besonders deutlich. Einwanderer bedeuten für die AfD hauptsächlich eine Gefahr und sind für sie wenn überhaupt nur als Arbeitskräfte-Nachschub zu akzeptieren.

„Zum Wohle Deutschlands“ ist die AfD laut ihrem Bundeswahlprogramm für eine „qualifizierte Zuwanderung“, zur „Versorgung einer alternden Bevölkerung“ und für den „Bedarf der Wirtschaft“. Orientieren will sich die AfD an dem Einwanderungsmodell Kanadas. Anders als deren Ahornsirup ist das allerdings nicht ganz harmlos: Menschen werden nach Nützlichkeitskriterien sortiert, Einwanderung folgt dem Interesse der Nation und des Kapitals. Kanada ist in wesentlich geringerem Umfang Zielland für Asylsuchende als Deutschland. Mit dem Verweis auf dieses Einwanderungsmodell will die AfD also gerade keine Erleichterung, sondern eine weitere Einschränkung von Zuwanderung und eine verstärkte Flüchtlingsabwehr. Dass zeigt sich an Stellen im AfD-Wahlprogramm, in denen von einer angeblich „ungeregelten Einwanderungspolitik“ und „unkontrollierten Zuwanderung“ die Rede ist, durch die „die Nation von innen zerstört“ werde. Eine irre Idee, die ignoriert, dass der Fluchtweg nach Deutschland schon heute lebensgefährlich ist. Statt daran etwas zu ändern, sollen „Hilfen für Kriegsflüchtlinge heimatnah“ gewährt werden – Menschen in Not also möglichst gar nicht erst nach Deutschland kommen. In Sachen Asylpolitik betreibt die AfD die Aushöhlung des Asylrechts weiter, die CDU und SPD seit den 1990 Jahren bereits begonnen haben. Die AfD ist nur konsequenter: Asylpolitik kommt bei ihr nur noch im Sinne einer Flüchtlingsabwehr vor, Asylrecht solle „strikt“ angewendet werden, heißt es im Bremer Wahlprogramm. Dass in Bremen vergleichsweise wenige Abschiebungen durchgeführt werden, sei „ein Skandal“ – obwohl das Land doch nur dann auf Abschiebungen verzichtet, wenn es aus gesundheitlichen oder rechtlichen Gründen dazu gezwungen ist.

Deutschnational und von Wahnvorstellungen geprägt ist die Idee der AfD von Integration. Angeblich gibt es laut AfD in

Deutschland sowohl eine „forcierte Islamisierung“, sowie eine „Integrationsindustrie“. Multikulturalismus lehnt die AfD ab. Alle, die nach Deutschland kommen, sollen sich einer, laut AfD, angeblich „weltweit geachteten Deutschen Kultur als Leitbild“ (sic!) anpassen.

Nicht nur hier zeigt sich eine Nähe zu den Pegida-Rassisten, sondern auch, wenn die Bremer AfD schreibt, sie wolle jenen eine „Stimme geben, die frei über Einwanderung reden wollen“. Sie unterstellt ein Tabu, welches nicht existiert: Auch in Bremen kam es immer wieder zu lautstarken rassistischen Protesten gegen Flüchtlinge – unter regelmäßiger Beteiligung der AfD.

WIRTSCHAFTSPOLITIK UND EUROAUSTRITT

Auf der Länderebene spielt der Euroausstieg in der AfD grundsätzlich nur eine untergeordnete Rolle, stattdessen profiliert sich die Partei im Landtagswahlprogramm als mittelstandsfreundlich, besorgt um Kleinunternehmer_innen, um Transportwege, um Energieversorgung. Paradoxerweise sollen auch die Steuern für die Wirtschaft gesenkt werden, obwohl die AfD das Haushaltsdefizit anprangert und kein glaubhaftes Konzept zur Einnahmenerhöhung vorweisen kann – hier tritt die Partei voll und ganz in die Fußstapfen der FDP.

Natürlich wird der Landtagswahlkampf der AfD aber auch durch die abenteuerliche bundes- und europapolitische Grundausrichtung der Partei mitgetragen. Hier wird die Forderung nach der Auflösung der Eurozone verbissen aufrechterhalten. Gelegentlich äußert sich eine_r der zahlreichen Wirtschaftsexpert_innen aus der VWL-Rige in der

Partei. Die Argumentation ist dabei so eintönig wie lückenhaft. Die Abhängigkeit der Eurostaaten von der zentralen Währung verursache Stagnation und Fehlentwicklungen. Für die Schuldenkrisen in den Mittelmeerländern müsse der Rest der Eurozone, speziell Deutschland, aufkommen.

Säuberlich umschifft wird dabei, wie die Eurostaaten, speziell die deutsche Wirtschaft, von der Gemeinschaftswährung profitiert haben: Die Gemeinsame Währung löste viele Handels- und Kooperationsbarrieren auf und beförderte zunächst ein außerordentliches Wachstum der beteiligten Länder. Mehr als in anderen Ländern konnte dabei die exportorientierte deutsche Wirtschaft profitieren. Würde die Eurozone – gemäß den Wünschen der AfD – aufgelöst, würde dies größere Umstrukturierungen der europäischen Äkonomie und einen Einbruch der deutschen Exporte in diesen Raum nach sich ziehen. In Deutschland selbst kann dies Stagnation einzelner Sektoren, erhöhte Arbeitslosigkeit und eine Schwächung mittelständischer Unternehmen zur Folge haben – eigentlich keine gute Perspektive für die primären Zielgruppen der AfD.

Eine weitere Auslassung in den wirtschaftspolitischen Pamphleten der AfD ist die Zinsentwicklung der deutschen Bundesanleihen. Inflation eingerechnet, zahlt die Bundesregierung auf neu aufgenommene Schulden aktuell negative Zinsen. Dies ist eine direkte Folge der Flucht von Investoren aus weniger ausfallsicheren Staatsanleihen anderer europäischer Länder.

Da all dies den zahlreichen Wirtschaftsexpert_innen der AfD nicht verborgen geblieben sein kann, muss sich die Partei an vielen Punkten Unehrlichkeit unterstellen lassen.

FAMILIEN- UND

GESCHLECHTERPOLITIK

Die AfD hat sich bereits vielfältig gegen moderne Vorstellungen von Familie, Geschlecht und Gleichberechtigung in Position gebracht: vereinzelt Forderungen nach einem Familienwahlrecht (in dem die Größe der Familie die Gewichtung der Wahlstimme des Familienvorstands ausmachen soll), personelle und strukturelle Überschneidungen mit der Lebensschutzbewegung gegen das Abtreibungsrecht, die antifeministische Web-Kampagne der Jungen Alternative, die Petition gegen eine Erziehung zur sexuellen Vielfalt, die Ablehnung von Geschlechterquoten in Unternehmen und einiges mehr.

Auch die AfD Bremen schließt an diese konservativen bis reaktionären Vorstellungen an. Die Erziehung sei vor allem Aufgabe der Familien. Kinderkrippen und Kindergärten sollen nur dort als Ersatz dienen, wo Eltern durch Berufstätigkeit Unterstützung benötigen. Das ist eine Absage an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung, Kinder und Jugendliche zu sozialisieren und soll als Legitimation dienen, klassische Familienmodelle vor anderen Lebens- und Erziehungsformen zu begünstigen. Der Zweck wird unverblümt in einem Satz zusammengefasst: „Selbstbewusste Familien erziehen selbstbewusste Staatsbürger.“ Es gibt also noch nicht einmal ein individuelles, partnerschaftliches oder familiäres Wohlergehen, welches der AfD am Herzen läge, sondern allein das Wohl des Staates.

Ähnlich staatsfixiert beantwortet sie Gender- und Sexualitätsfragen: „Alle Macht geht vom Volke aus, das sich seiner Wahlmöglichkeiten bewusst ist, aber nicht von Menschen, die sich ihr Geschlecht wählen können.“ Zwar hat das eine mit dem anderen nichts zu tun, aber die Polemik überzeugt sicher den ein oder anderen spottenden

Alltagschauvinisten an der Wahlurne. Die AfD behauptet sogar, daß sexuelle Unterdrückung aktuell kein zentrales Problem darstelle. Unter anderem deshalb sind Gender Studies und Gender Mainstreaming für sie auch überflüssige Scheinwissenschaften bzw. -vorschriften.

Richtig generös zeigt sich die Partei, indem sie Homosexualität anerkennt und sogar verteidigen will, immerhin war das Bremer Vorstandsmitglied Tassis auch bundesweiter Sprecher der „Homosexuellen in der AfD“. Bedroht sieht sie diese aber eigentlich nur durch Islamist_innen und nicht etwa durch eine homophobe deutsche Mehrheitsgesellschaft.

Wie außerdem aus dem Wahlprogramm hervorgeht, möchte die AfD Bremen die erste Sexualerziehung lieber den Boulevardzeitungen und den Werbe-Popups von Porno-Websites überlassen als den dafür ausgebildeten Lehrer_innen.

BILDUNGSPOLITIK

Schwerpunkt der Bildungspolitik und besonders der Schulpolitik der AfD ist die Formung einer deutschen Identität. Werte, wie „Obrigkeitshörigkeit“, passen da gut zusammen mit der Vermittlung vermeintlich deutscher demokratischer Tradition seit dem 18. Jahrhundert. Wo diese genau zu finden sein sollen, wird leider nicht im aktuellen Wahlprogramm der AfD-Bremen erwähnt. Außerdem ist der AfD ein Lehrauftrag, der „eine positive Haltung zur deutschen Geschichte, Tradition und Kultur“ vermittelt, sehr wichtig. Fast nebensächlich zu erwähnen, dass Wörter wie „Nationalsozialismus“, „Faschismus“, „Holocaust“ oder „Shoa“ es nicht ins Wahlprogramm der AfD-Bremen geschafft haben. Es bleibt also müßig danach zu suchen, wozu genau es eine positive Haltung geben soll. Inhaltliche Abgrenzung zum industriellen Massenmord der Deutschen, der Millionen

Menschen das Leben kostete, scheint die AfD in der Schulpolitik aber nicht für wichtig zu halten.

Komplettiert wird dieses revisionistische Bild der „demokratischen Tradition der Deutschen“ durch einheitliche Schulkleidung, welche Ausgrenzung verhindern und Gemeinschaftsgefühl stärken soll. Dass es noch andere Dinge gibt, die Ausgrenzung und Benachteiligung begünstigen findet auch in dieser eindimensionalen Analyse keinen Platz. Dass die AfD ebenfalls einem Bild des individualisierten Leistungsprinzips anhängt zeigt sich u.a. daran, dass Kinder schon der Grundschule mit einer Wettbewerbskultur konfrontiert werden sollen.

Den Bürgern in Wut kann man einen positiven Bezug zu Unterschiedlichkeit zwischen den Menschen nicht absprechen. Man sollte jedoch erwähnen, dass damit nicht kulturelle oder sexuelle Verschiedenheit gemeint ist, sondern die Akzeptanz struktureller Benachteiligung. Zu letzterer möchten die BiW beitragen, in dem sie etwa die Pflicht zur Ausübung der deutschen Sprache an deutschen Schulen (auch in der Pause!) einführen möchten. Wo sie auf der einen Seite Vereinheitlichung sehen möchte, setzt sie auf der anderen Seite das neoliberale Bild der individualisierten Leistung, die das einzige Kriterium über Erfolg und Misserfolg sein soll. Menschen, die ein Leben umsetzen möchten, dass nicht dem Bild der BiW entspricht, sollen mit Zwang diszipliniert werden: Beispielsweise mit dem Streichen von Sozialleistungen für Menschen, die nicht unmittelbar nach dem Schulabschluss ins Arbeitsleben einsteigen oder solche, die sich in einer Findungsphase befinden. Diese sollten „zur Sicherung ihres Existenzminimums nur Sachmittel anstelle von Geldleistungen“ bekommen.

Beide Parteien lassen erkennen, dass ihnen die Bildungs- und insbesondere die Schulpolitik besonders wichtig ist. Wo sie argumentieren, dass es ein humanistisches Anliegen ist sich

um „unsere Zukunft“ zu kümmern, versuchen sie damit Nationalismus, Sozialdarwinismus und neoliberale Welt- und Wertvorstellungen schon früh in den größten Entwicklungsphasen eines Menschen als hegemoniale Werte zu installieren.

RECHTS VON DER AfD:

NEONAZIS UND HOOLIGANS

In Bremen stehen sich Neonazis und Hooligans, Türsteher, Kampfsportler und Rocker seit Jahren gefährlich nahe. Relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit agieren Hooligan-Gruppen wie die „Standarte Bremen“, „Ultras Farge“ oder „Nordsturm Brema“. Auch rechten „Bruderschaften“ wie „Nordic 12“, „Brigade 8“ oder vor allem die „Hammerskins“ sind aktiv. Daneben entstanden neue, scheinbar harmlosen Gruppen, die „Freibeuter Bremen“ heißen, oder Supporter-Gangs der gewaltbereiten Motorradclubs „Hells Angels“ sind.

An den von den Bremer Neonazis Hannes und Henrik Ostendorf (Kategorie C und Standarte Bremen) und dem damaligen HoGeSa-„Regionalleiter Nord“ namens „Captain Flubber“ (Freibeuter Bremen) mitorganisierten rassistischen Hogesa-Aktionen erst in Köln und danach in Hannover, sind die Verbindungen bis ins Rotlicht-, Türsteher und Kampfsportmilieu sehr deutlich geworden.

Ideologische Schnittpunkte stellen vor allem die, bis ins bürgerliche Milieu reichende, Ablehnung von Flüchtlingsunterkünften sowie die Forderung nach „Todesstrafe für Kinderschänder“ dar. Im Zusammenspiel mit dem Erstarken der AfD gewinnt diese Entwicklung daher an Brisanz.

Deutlich wurde diese Entwicklung im Frühjahr 2013 nach dem gewaltsamen Tod von Daniel Siefert durch einen jungen Mitgranten in Kirchweyhe.

Der Bremer Ableger der Neonazi-Partei „Die Rechte“ instrumentalisierte den Tod, mobilisierte krawallig gegen zivilgesellschaftliches Engagement und lockte damit auch Hooligans der rockerähnlichen Truppe „Legion Bremen“ an.

Die Ablehnung eines vorgeblich schwachen Staates wird durch Forderungen nach Selbstjustiz oder sogar der Gründung von „Bürgerwehren“ ersetzt. Neonazis, Hooligans, Rocker oder Waffenlobbyisten spielen sich zunehmend als starke Ordnungskräfte im Sinne einer nationalistischen „Volksgemeinschaft“ auf.

AfD, HOGEsa UND PEGIDA

Als im letzten Herbst über 4000 Hooligans, Nazis und einfache rechtskonservative Wutbürger_innen als Hooligans gegen Salafismus (HogeSa) durch Köln marschierten und marodierten, war die Republik erschüttert. Ein solch gewaltbereites Straßenpotential hat sie nicht vermutet. Um nicht den Anschluss an das so oft kritisierte Establishment zu verpassen, musste sich natürlich auch die AfD distanzieren. Parteipapi Lucke drohte mit Disziplinarverfahren bis Parteiausschluss. Der Großteil der AfD hielt sich dran, aber nicht alle. In Hamburg wurde der rassistisch-autoritäre Gewaltausbruch und die Menschenjagden in Köln von Tatjana Festerling zur legitimen, demokratischen Meinungsäußerung verklärt. Sie ist mittlerweile der Patriotischen Plattform beigetreten, ein Sammelbecken für die extreme Rechte innerhalb der AfD. Die PEGIDA-Bewegung ist der Patriotischen Plattform zufolge ein „Glücksfall für Deutschland“. Entsprechend entspannter scheint auch das Verhältnis der gesamten AfD zur PEGIDA-Bewegung zu sein: Solange es nicht zu Gewalt komme, sei es das gute Recht der Menschen, ihren Sorgen über die Islamisierung und andere Hirngespinnste freien Lauf zu lassen. Das ist die offizielle Parteilinie der AfD. Auf dieser Grundlage lud

AfD-Landesmutti Frauke Petry, gleichzeitig Bundessprecherin, die Organisator_innen der Dresdner Demos zum Gespräch ein, um die gemeinsamen Schnittmengen auszuloten und sich vielleicht sogar als parlamentarischer und außerparlamentarischer Arm der gleichen Bewegung anzuerkennen. Dass es am Rande des PEGIDA-Originals in Dresden von Beginn an auch zu rassistischen Übergriffen gekommen ist, blendet die AfD aus. Fröhlich mobilisieren die Kreisverbände in der sächsischen Schweiz weiter und das trotz der unverkennbaren ideologischen Verbindung zwischen Pegida, HoGeSa und den wieder dramatisch ansteigenden Fallzahlen rassistischer und antisemitischer Übergriffe.

Die erste Demo des Düsseldorfer Ablegers DÜGIDA wurde maßgeblich durch das AfD-Mitglied Alexander Heumann initiiert - Redner auf der HoGeSa-Demo in Köln und Vorsitzender der Patriotischen Plattform NRW. Die Demo war so eindeutig von Nazis dominiert, dass die Organisation der nächsten Demo direkt an Melanie Dittmer weitergereicht wurde, langjährige Aktivistin in der extremen Rechten. Christoph Seidls Engagement in der rassistischen Bürgerinitiative „Rekumer Straße 12 – Nicht mit uns“ zeigt, daß auch die Bremer AfD keine Berührungsängste gegenüber dem deutsch-nationalen Mob hat, der bislang noch jede Bürgerversammlung oder Beiratssitzung zu Flüchtlingsunterbringungen für seine menschenverachtenden ‚Sorgen‘ zu nutzen wusste. Mitglieder der Farge Ultras, eine rechte Hooligan-Gruppe, die auch Verbindungen zu den strammen Nazis der Standarte Bremen pflegt, waren gern gesehene Gäste auf diesen Versammlungen. Sie haben antirassistische Solidaritätsplakate entfernt und zusammen mit unmittelbaren Anwohner_innen ‚Heimbeobachtung‘ betrieben. Davon hat sich die AfD nie distanziert.

GESICHTERZEIGEN@OPENMAILBOX.ORG